



## **Alternativantrag**

der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen

zu „**Ganztagsbetreuung im Grundschulalter früher umsetzen**“ (Drucksache 20/583)

### **Voraussetzungen für Ganztagsanspruch rechtssicher gestalten**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bittet die Landesregierung, sich auf Bundesebene für eine Beschleunigung der Verhandlungen zur Klärung aller offenen Fragen zur Finanzierung des Anspruchs auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen einzusetzen.

Darüber hinaus bittet der Landtag die Landesregierung, bis zum 2. Quartal 2024 ein Konzept zur landesrechtlichen Umsetzung des Rechtsanspruches Ganztags in der Grundschule ab 2026/27 vorzulegen.

Begründung:

Damit der im Jahr 2021 durch Bund und Ländern beschlossene Anspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule ab 2026 schrittweise umgesetzt werden kann, sind eine Reihe von umfassenden Vorleistungen zu erfüllen. Dies ist notwendig, um Planungssicherheit und Rechtssicherheit für die konkrete Umsetzung zu schaffen. Erst auf dieser Grundlage kann eine Umsetzung mit den unterschiedlichen und vielzähligen Partnern vor Ort erfolgen.

Patrick Pender  
und Fraktion

Malte Krüger  
und Fraktion